

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Nr. 110 , 12.07.2009

Zeitraum: 19.06.2009 – 10.07.2009

Rubriken

• Islam und Muslime in Deutschland

Symposium in Regensburg: Religion im säkularen Staat

• Abschluss der Islamkonferenz

Forderung nach Fortsetzung

Fremdenfeindlichkeit

• Mord an Marwa El-Sharbiny

• Türkei-EU

Angst vor Einwanderung aus der Türkei und dem Islam

• Muslime in Frankreich

Streit um Burka

Rubrik: Islam und Muslime in Deutschland

Symposium in Regensburg: Religion im säkularen Staat

(Dieser Artikel ist verkürzt wieder gegeben, Anm. M. K.)

„Wir planen nicht einen deutschen Islam zu gründen“

Zaman, 10.07.2009, S. 6

„Während des Symposiums „Religion im säkularen Staat“ in Regensburg erklärte der Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble: „Ein säkularer Staat bedeutet nicht gleichzeitig ein Staat ohne Glauben zu sein. Es geht jedoch nicht so wie in Frankreich, Staat und Religion vollkommen voneinander zu trennen.“

Dr. Schäuble erklärte, dass der Islam die drittgrößte Religion in Deutschland ist: „Wir haben nicht vor den „deutschen Islam“ zu gründen.“

Im Rahmen der deutschen Islamkonferenz fand in Regensburg das Symposium „Religion im säkularen Staat“ statt. Am Symposium beteiligten sich prominente christliche, jüdische, buddhistische und muslimische Vertreter. Die beiden türkischstämmigen Theologen Prof. Bülent Uçar und Prof. Ömer Özsoy beteiligten sich an dem ersten Panel. Die Eröffnungsrede des Symposiums hielt der Ideenvater der Islamkonferenz, Dr. Wolfgang Schäuble. Schäuble erklärte in seiner darauf folgenden Rede, dass ein säkularer Staat nicht gleichzeitig bedeute, ein Staat Glauben zu sein: „Die starke Trennung von Staat und Religion kann nicht, ähnlich wie in Frankreich, geschehen.“

Der Bundesinnenminister betonte den Begriff der Religionsfreiheit in seiner Rede. Dieser Begriff bedeute gleichzeitig, die Rechte der anderen Religionen zu schützen. Schäuble erklärte, dass der Islam die drittgrößte Religion in Deutschland ist. Es bestehe jedoch keine Absicht, so Schäuble, einen deutschen Islam zu gründen.

Nach der Eröffnungsrede debattierten auf drei verschiedenen Panels Religionswissenschaftler miteinander. Prof. Bülent Uçar, Lehrstuhlinhaber für Islamische Religionspädagogik in Osnabrück, beteiligte sich am ersten Panel. Uçar erklärte, dass die Muslime keine Probleme mit der Demokratie haben. Unterschiedlichen in Deutschland durchgeführten Studien zufolge, befürworteten 90% der Muslime die Demokratie, wohingegen immer noch Angst vor den Muslimen herrsche, so Uçar. Prof. Uçar betonte, dass dank der Islamkonferenz der Islam es auf die ersten Seiten der Zeitungen geschafft habe.

Der Moderator des ersten Panels, Prof. Gerhard Robbers erklärte, dass der Gründer des protestantischen Glaubensbekenntnis, Martin Luther, den Koran übersetzte ließ und alle dazu einlud, den Koran zu lesen. Prof. Rainer Forst erklärte zudem, dass nicht allein der Staat Minderheiten gegenüber tolerant sein kann: „Nicht der Staat ist tolerant – er ist neutral. Lediglich das Volk ist tolerant.“ Das zweite Panel fand unter dem Namen „Religionsvielfalt: Gewinn oder Herausforderung?“ statt. Bemerkenswert war, dass kein muslimischer Wissenschaftler am Panel beteiligt gewesen ist und die Beschuldigungen, die während des Panels gemacht wurden, Aufmerksamkeit auf sich zogen. Zum Abschluss erhielt Professor Özsoy für seine Aussage eine breite Zustimmung:

„Wir dürfen nicht zuerst den islamischen Religionsunterricht durchführen und hernach Theologen ausbilden. Wir müssen sicherstellen, dass zuerst Theologen ausgebildet werden, damit sie nach ihrer Ausbildung den Religionsunterricht erteilen können.“

„Schäuble bezeichnet die ausgebliebene Einladung an die Muslime anlässlich der Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen des deutschen Grundgesetzes als Versäumnis“

Zaman, 22.06.2009, S. 4

„Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble drückte der „Tageszeitung“ gegenüber sein Bedauern darüber aus: „Wir haben einfach nicht daran gedacht,“ erklärte Schäuble. Schäuble versicherte, dass zu den folgenden ähnlichen Veranstaltungen die Muslime eingeladen werden. Er bezeichnete die mit den Muslimen gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen als großen Erfolg. Ziel sei es mit den Muslimen genau so zu kooperieren, wie es mit den anderen Religionsgemeinschaften in Deutschland bereits geschieht. Schäuble wird gemeinsam mit den Muslimen am 25 Juni die vierte Islamkonferenz gestalten.“

Rubrik: Abschluss der Islamkonferenz

„Die Islamkonferenz muss fortgesetzt werden.“

Hürriyet, 25.06.2009, S. 14

von Ali Varlı/Berlin

„Heute findet die letzte Sitzung der Islamkonferenz in dieser Legislaturperiode statt. Um 10:00 Uhr wird Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Abschlüsse der Islamkonferenz vorstellen.

Bekanntmachung der Ergebnisse

Die Islamkonferenz findet seit drei Jahren statt. Themen der Islamkonferenz waren unter anderem der Religionsunterricht, das Kopftuch, die Teilnahme von Mädchen am Schwimmunterricht. Ziele der Islamkonferenz waren Lösungsfindungen für diese Themen, ein besseres Kennen der Muslime und dem Islam in Deutschland. Die Islamkonferenz fand drei Jahre lang gemeinsam mit den Moschee- und Zivilorganisationen statt. Heute werden in der letzten Sitzung die Ergebnisse der letzten drei Jahre vorgestellt. Am Ende der Konferenz werden die Teilnehmer ihre übereinstimmenden Ergebnisse der Öffentlichkeit in Form einer Abschlusserklärung bekannt machen.

Forderung nach Fortsetzung

Die türkischstämmigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und die religiösen Einrichtungen, welche an der dreijährigen Konferenz teilnahmen, forderten eine unbedingte Fortsetzung der Islamkonferenz in der nächsten Legislaturperiode. Vertreter aus der DITIB, der Alevitischen Gemeinde Deutschland und aus Türkische Gemeinde Deutschland betonten die große Bedeutung der gemeinsamen Perspektiven und sprachen sich für eine Fortsetzung der Islamkonferenz aus.

„Unsere Beziehungen haben sich positiv entwickelt – wir müssen unseren Dialog fortsetzen“

Hürriyet, 26.06.2009, S. 13

Von Ali Varlı/Berlin

„Während der gestrigen Abschlusssitzung der Islamkonferenz in Berlin erklärte die Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass der Dialog mit dem Islam jahrelang vernachlässigt worden ist. Der

Bundesinnenminister erklärte, dass es zwar noch sehr viel zu tun gäbe, die erfolgreichen Schritte jedoch dafür auf der deutschen Islamkonferenz eingeleitet worden sind.

Die deutsche Bundeskanzlerin erklärt, den Dialog mit dem Islam ausbauen und fortsetzen zu wollen. Bundesinnenminister Schäuble traf sich gestern gemeinsam mit den Teilnehmern der Islamkonferenz im Bundeskanzleramt.

Merkels Eingeständnis

Die Bundeskanzlerin weist in ihrer Rede darauf hin, dass einige Fragen immer noch nicht gelöst seien und der Dialog mit dem Islam sowohl fortgesetzt als auch ausgebaut werden muss. Merkel erwähnt hierbei die Debatten um Moscheebauten. Diese können durch gegenseitiges Verständnis und gemeinsamen Dialog gelöst werden, so Merkel. Gleichzeitig ruft Merkel dazu auf, Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht zu ermöglichen.

Keine Unterzeichnung vom „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland hat als einziger Teilnehmer auf der gestrigen Abschlusssitzung die gemeinsame Abschlusserklärung der Islamkonferenz nicht unterzeichnet.

Der Vorsitzende der ... Ali Kizilkaya widerspricht dem Teil der Erklärung, der sich mit dem Aspekt der Sicherheit befasst: „Vorhanden Konflikte wurden nicht gelöst. Die Entschlüsse und Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden von der deutschen Regierung nicht umgesetzt. Religiosität wird als Streitfrage angesehen. Aus diesem Grund haben wir die Abschlusserklärung nicht unterzeichnet.“

„Die Botschaft der Islamkonferenz lautet Fortsetzung“

Sabah, 26.06.2009, S. 17

Von Mesut Hastürk/Berlin

„Zum vierten Mal fand gestern die Islamkonferenz in Berlin statt. Die Abschlusserklärung wurde vom Islamrat nicht unterschrieben. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sprach sich gestern für die Fortsetzung der Islamkonferenz auch nach der Bundestagswahl aus. Schäuble erklärt, dass die Probleme mit denen muslimische Schüler und Schülerinnen konfrontiert werden mit größerer Anstrengung gelöst werden müssen. Die Empfehlungen der Islamkonferenz sind für diese Problemlösungen wegweisend, so Schäuble. In der gemeinsamen Abschlusserklärung werden sowohl die Teilnahme am getrennten Schwimmunterricht von Jungen und Mädchen als auch die Vermittlerrolle in Konflikten, welche Schüler und Schülerinnen unterschiedlichen Glaubens an Schulen haben können, aufgegriffen.“

„Kritik an Wortlauten von Muslimen während der Islamkonferenz“

Zaman, 29.06.2009, S. 4

Von Oktay Yaman/Berlin

„Auf der letzten Sitzung der Islamkonferenz sind bekannte Islamkritiker türkischer Herkunft von teilnehmenden Muslimen stark kritisiert worden. Bekir Alboğa von DITIB erklärt dazu, dass diese Personen sich zum einen als Muslime bezeichneten und zum anderen aber gleichzeitig den Islam beleidigten. Ali Kizilkaya wiederum kritisiert die Blockadetaktik der betreffenden Personen. Anstatt Rechte einzufordern würden sie diese blockieren, so Kizilkaya. *(Angesprochener*

Personenkreis/Personen werden in diesem Artikel in der Zaman weder eingangs namentlich genannt noch in der Fortsetzung, Anm. M. K.)

Der Dialogbeauftragte von DITIB Bekir Alboğa äußert sich verbittert über die Erläuterungen der Gruppe der nichtorganisierten Muslime auf der Islamkonferenz. Alboğa betont, dass diese Gruppe hinter der Islammaske gläubige Muslime angreifen würden: „Die feindlichen Angriffe gegen den Islam und gegen die Muslime sind jahrelang ohne Unterbrechungen fortgesetzt worden.“

Alboğa erklärt hierzu folgendes: „Unsere Türkeistämmigen Freunde haben ohne jegliche Zugeständnisse zu machen ihre Angriffe drei Jahre lang fortgeführt. Obwohl sie sich persönlich als Muslime bezeichnen, setzen sie ihre Angriffe anderen Muslimen gegenüber nach wie vor fort.“

Alboğa erklärt im Gespräch mit der Zaman dazu, dass diejenigen, die sich selbst als Muslime vorstellten von ideologischen fixen Ideen besessen seien: „Selbst die Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sind sich darüber im Klaren, dass die Türkei ein wichtiger Staat ist. Wenn es ein erfolgreiches Zusammenleben mit den Muslimen in Deutschland geben soll, dann gibt es nur eine einzige Glaubensgemeinschaft, welche die notwendige Leistung dafür garantieren kann: die DITIB. Einige unserer muslimischen Freunde bzw. diejenigen, die sich als Muslime bekannt machen, können diese Tatsache nicht akzeptieren. Ideologische Vorstellungen wie „es soll keinen Religionsunterricht geben, den die Glaubensgemeinschaften vermitteln“ werden zur Schau gestellt. Die Islamkonferenz konnte sie leider in diesem Punkt nicht zur Vernunft bringen. Sie konnten ihre Angriffe nicht einstellen, was sehr traurig ist. Nachdenklich stimmend ist vor allem ihr Boykott von Voraussetzungen und Bedingungen, welche der Staat für die Bedürfnisse der hier lebenden Muslime in die Wege leiten möchte. Sie agieren indifferent und gleichgültig in Hinsicht auf unsere gemeinsamen Bedürfnisse. Diese Menschen haben sich immer noch nicht von den vor 1980 geltenden Ideologien lösen können.“

Alboğa lobt das von der deutschen Politik gestaltete Gleichgewicht: „Der Staat möchte uns als Religionsgemeinschaft anerkennen. Er unterstützt uns darin, unsere Moscheen zu bauen und in den Bundesländern Theologie-Fakultäten einzurichten.“

Trotz dieser positiven Schritte seien Blockaden durch einen bestimmten Teil der Türkischstämmigen vorhanden. Auf die Frage hin, wie er sich ihnen gegenüber verhalte erklärt Alboğa: „Mit Geduld, Verständnis, belächeln und für sie beten.“

„Fazit der Islamkonferenz: Die Muslime sind nicht mehr weg zu denken“

Hürriyet, 27.06.2009, S. 17

von Ali Varlı/Berlin

„Die Teilnehmer der Islamkonferenz sind sich darüber einig, dass der Dialog zwischen den Muslimen und dem Staat aufgewertet wurde. Durch die Islamkonferenz ist die Gegenwart des Islam und der Muslime in Deutschland fixiert worden.“

Empfehlungen

Während der letzten Sitzung sind folgende abschließende Aufforderungen beschlossen worden: Muslime sollen aktiv an den Integrationsdebatten partizipieren, Schüler und Schülerinnen müssen am Schwimm- und Sportunterricht teilnehmen, Medienberichte über Muslime müssen differenzierter

gestaltet werden und in den Medien müssen mehr Menschen mit einem Migrationshintergrund arbeiten.

Meinungen

Kenan Kolat (ATT): „Das war ein wichtiger Schritt. Die Öffentlichkeit konnte die Vielfalt der Muslime wahrnehmen. Die Diskussionen wurden mit einer entschlossenen Sprache geführt. Der Dialog zwischen den Muslimen und der Regierung ist wichtig geworden – das muss unbedingt fortgeführt werden.“

Seyran Ateş (Juristin): Die Konferenz brachte kein Ergebnis. Es gibt keinen Konsens über eine einheitliche Vertretung von Muslimen in Deutschland. Die unterschiedlichen Standpunkte der organisierten- und nichtorganisierten Muslime sind nach wie vor unverändert.“

Bekir Alboğa (DITIB): „Die Deutschen verstehen uns nun besser und geben es auf, uns als Gefahrenpotenzial wahrzunehmen. Die Islamkonferenz macht deutlich, dass der Islam in Deutschland und die Muslime in Deutschland nicht zu verleugnende Tatsachen sind.“

Rubrik: Fremdenfeindlichkeit

„Im Gericht ermordete Frau wird nach Ägypten überführt“

Sabah, 07.07.2009, S. 18

In Dresden ist während einer Gerichtsverhandlung die 32-jährige Ägypterin Marwa El Sherbiny erstochen worden. Der deutsche Täter russischer Abstammung war zuvor wegen Beleidigung verurteilt worden. Die im dritten Monat schwangere Frau wurde schwer verletzt und starb noch im Krankenhaus. Während ihr Mann versuchte, den Angreifer abzuhalten, wurde er fälschlicherweise durch einen Polizisten angeschossen und schwer verletzt, der ihn für den Angreifer hielt. Der Angeklagte, der die Ägypterin zuvor als „Terroristin“ bezeichnet hatte, wurde wegen Beleidigung angeklagt. Der 28-jährige wird nun wegen Mord angeklagt.“

„Dresdener Standard in deutschen Medien“

Zaman, 07.07.2009, S. 4

Kommentar von Yusuf Ekiz

„Ich möchte ihnen über einen Mord, der in der vergangenen Woche stattgefunden hat erzählen. Die 32-jährige Ulrike Meier möchte sich nach der Arbeit in einem Park auf einer Bank ausruhen. Da sie im Park keine leere Bank vorfindet bittet sie den bärtigen Muslim Hasan um Platz auf der Bank, auf der er sitzt. Hasan flippt daraufhin aus und sagt: „Was glaubst denn du wer du bist! Ihr seid eh alle verflucht, du dreckige Deutsche!“ Daraufhin wird Frau Meier traurig und zeigt ihn an. Während der Gerichtsverhandlung bezeichnet Hasan sie weiter als Terroristin und mischt den Gerichtssaal auf: „Ihr werdet eines Tages alle sterben ihr Gottlosen!“

Vor der Verhandlung stellen sowohl das Gericht als auch die Verteidigung fest, dass kein erhöhtes Risiko vom Angeklagten ausgeht und verzichten daher auf eine Waffenkontrolle. Nachdem der Staatsanwalt und der Angeklagte ihre Plätze einnehmen, schießt der Angeklagte hoch und sticht 18 Mal auf Ulrike Meier ein. Hans, Ulrikes Ehemann, der sich schützend vor seine Frau wirft, wird durch

einen Schuss der Polizei verletzt. Die 32-jährige Ulrike Meier stirbt vor den Augen ihres dreijährigen Sohns.

Nach diesem Ereignis wäre auf den ersten Seiten der deutschen Medien zu lesen, dass der Terrorist Hasan die im dritten Monat schwangere Ulrike bestialisch ermordet hat. Oder, dass der islamische Terrorismus in Deutschland wieder sein Gesicht zeigt oder dass die Muslime sich nicht integrieren wollen in Deutschland.

Dieser bestialische Mord würde sowohl die deutschen Medien als auch die deutschen Politiker tagelang beschäftigen. Ein einziger bestialischer Mord würde ausreichen den Islam unter Generalverdacht zu stellen und ihn schlecht zu machen

Sie merken bereits, dass das was ich Ihnen soeben erzählt habe genau umgekehrt stattgefunden hat. In Dresden wurde eine Kopftuchtragende Muslimin von einem deutschen Rechtsradikalen erstochen. Das einzige, was wir in unseren Medien dazu hören ist: „Mord in Dresden. Klägerin nach Eröffnung der Gerichtsverhandlung vom Angeklagten ermordet.“

Das Ereignis wird auf das möglichste Minimum reduziert. Es wird darauf verzichtet die gesamten Facetten des Ereignisses darzustellen: Ein rechtsradikaler Deutscher ersticht sinnlos eine schwangere Frau. Es liegt völlig offen zu Tage, welcher Hass in ihm steckt, da er zuvor die Ermordete auf das Übelste beleidigt hatte. Das Gericht hält es nicht für nötig eine Waffenkontrolle durchzuführen. Dem Angeklagten ist es möglich von seinem Platz hochzuschießen und 18 Mal auf die Schwangere einzustechen. Nicht der Angreifer wird von den Polizisten angeschossen – nein, ihr Ehemann, der ihr zu Hilfe eilt und die deutschen Medien demonstrieren die notwendige Relevanz erst gar nicht.

Dieses Ereignis in Dresden muss uns alle nachdenklich stimmen. Weshalb sind die deutschen Medien so still? Weshalb wird die Islamfeindlichkeit, die hinter dieser Tat steckt nicht angesprochen?

Diese Umstände beunruhigen mich persönlich und sie zeigen mir, dass sich die deutschen Medien die jahrelangen Bemühungen um Integration und Harmonie nicht zu eigen machen.“

Rubrik: Türkei-EU

„Angst vor Migration und Islam in Europa“

Sabah, 22.06.2009, S. 19

„Türkei Korrespondent für den Spiegel | gelangt in seiner Einschätzung zur EU-Wahl dazu, dass der Islam, die damit verbundene islamische Lebensweise und die Einwanderung nach Europa die Europäer erschrecke; die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU stehen deshalb vor dem Abbruch.

Während der EU-Wahlen war die Türkei ein häufig missbrauchtes Wahlkampfthema. Das Europäische Institut für Sicherheit stellt deshalb fest, dass die Europäer den Beitritt der Türkei nicht als Chance wahrnehmen, sondern die Türkei furchtsam beobachten. Daniel Steinvorth, Korrespondent für den Spiegel in Istanbul hat einen Artikel mit dem Titel „Die EU-Wahlen und die Türkei“ auf der Internetseite des Europäischen Instituts für Sicherheit verfasst. Steinvorth: „Was stachelt die schleppende EU-Wahl am besten an? Die Türkei.“

Das Volk möchte auch nicht

Den Beitritt der Türkei in die EU lehnen nicht nur Politiker rechter Parteien ab, erklärt Steinvorth: „Nur einer von drei EU-Bürgern wünscht sich den Beitritt der Türkei. Es gibt nur vier EU-Staaten, deren

Bürger den Beitritt der Türkei mehrheitlich befürworten: Rumänien, Bulgarien, Portugal und Schweden. In Deutschland befürworten 17,1% der Bürger den EU-Beitritt der Türkei und in Österreich lediglich 5,6%. Den Europäern ist nicht bewusst, dass die Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU seit einer sehr langen Zeit heiß diskutiert wird. Die Europäer begegnen dieser Vorstellung mit Angst: Angst vor einer Einwanderung aus der Türkei in die EU, Angst vor dem Islam und den damit verbundenen Lebensweisen. Diese Faktoren sind quasi ein Geschenk für die Wahlkampagnen in der EU. Der Beitritt der Türkei in die EU gilt somit als sehr weit entfernte Offerte.“

Die Verhandlungen können abbrechen

Daniel Steinvorth weist auf die seit vier Jahren bestehenden Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei hin: „Die Verständigungssignale sind gegenwärtig dünn gestreut. Dem Kommissionsbericht zufolge hat die Türkei im letzten Jahr nur begrenzt Fortschritte erzielt. Dem Bericht zufolge werden einige Beschlüsse aus Ankara strikt abgelehnt. Die Kritik richtet sich an die Situation der Meinungsfreiheit in der Türkei und die Menschenrechtssituation.

Ankara lehnt es ab, Zypern als EU-Mitglied anzuerkennen. Wenn beispielsweise zwei so große EU-Staaten wie Deutschland und Frankreich weiterhin auf ihren eigenen Weg beharren, dann wird der EU-Beitritt für die Türkei eine Ewigkeitsschlaf bleiben und sich die offerierte privilegierte Partnerschaft in Trost wandeln. Eine andere Frage ist die, wie weit die EU und die Türkei gegenwärtig voneinander entfernt sind. Einer neuen Umfrage zufolge hat sich die Zustimmung in der Türkei für die EU wieder erhöht: 57% der Befragten wünschen sich den Beitritt der Türkei in die EU. Vor einem Jahr betrug diese Zahl noch 30%. Gleichzeitig jedoch glaubt jedoch der Großteil der Befragten, dass die Türkei christianisiert und gespalten werden soll. Man kann dies als Schizophrenie bezeichnen, aber es beschreibt genau die Schwierigkeiten, welche zwischen der Türkei und der EU existieren.“

Rubrik: Burka-Debatte in Frankreich

Zaman, 19.06.2009

„In Frankreich hat der Streit um die Burka begonnen“

von Ali Ihsan Aydın/Berlin

„In Frankreich bemüht sich gegenwärtig eine Anzahl von Abgeordneten darum, eine Kommission zu gründen um das Verbot der Burka durchzusetzen. Die Burka wird von einigen muslimischen Frauen getragen und verhüllt den ganzen Körper. Die Initiative und die Diskussionen um den Laizismus in Frankreich sind wieder aufgenommen worden, seit im Jahr 2004 zuletzt an staatlichen Schulen das Kopftuchverbot eingeführt wurde.

Der Parlamentsabgeordnete Andre Gerin von der Kommunistischen Partei Frankreich stellte hierzu einen Antrag, der von weiteren sechzig Abgeordneten aus den Regierungs- und Oppositionsparteien unterzeichnet wurde. Der kommunistische Abgeordnete erklärt, dass die Burka die Frauen demütige und ein „ambulantes Gefängnis“ sei. Er verteidigt das Burkaverbot auf französischem Boden. Gerin schlägt vor, dass die in Vorbereitung bestehende Kommission bis Ende November einen Bericht über die Burka in Frankreich verfassen soll. Der französische Bildungsminister Xavier Darcos erklärt wiederum zum Antrag, dass zwar jeder Religion und jedem Gläubigen gegenüber Respekt gebührt, die Burka jedoch seiner Meinung nach ein Mittel zur Unterdrückung und des Zwangs darstelle. Darcos: „Stellen sie sich einmal vor, dass eine junges Mädchen in einer Burka an eine staatliche Schule

kommt. Mich persönlich beängstigt diese Vorstellung sehr.“ Fadela Amara, Staatssekretärin für Urbanismus und Stadtentwicklung erklärt, dass die Burka ein Symbol der Fundamentalisten ist und aus diesem Grund den Antrag unterstützt. Für sie als Frau und Feministin stellt das Einsperren des gesamten weiblichen Körpers eine Menschenrechtsverletzung dar. Die Generalsekretärin der Grünen-Partei Cecile Duflot meint hingegen, dass ein Verbot möglicherweise keine positiven Konsequenzen besitzen wird. Die UOIF (Vereinigung der islamischen Organisationen in Frankreich) verurteilt wiederum die Initiative. Die UOIF weist darauf hin, dass der Antrag mitten in der Debatte über den Iran stattfindet und lediglich ein Manöver sei, um die negativen Meinungsbilder über Muslime erneut anzufachen.

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht – Professor Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff

